

Eine schickliche Beerdigung

Der Rahmenvertrag liegt auf dem Sterbebett.

Ringt sich der Bundesrat am Mittwoch bereits dazu durch, den Deal zu bestatten?

Marcel Odermatt

Die Frühlingssession der eidgenössischen Räte endete zwar am Freitag. Im Bundeshaus herrscht trotzdem bereits wieder emsiges Treiben. Kommissionssitzungen des National- und des Ständerates stehen an. Die Parlamentarier genehmigen sich im Bundeshausrestaurant «Galerie des Alpes» einen Kaffee im Pappbecher. Ein Thema überlagert alle Gespräche: das institutionelle Abkommen (InstA) mit der EU.

Ignazio Cassis trat vor den Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommission der Grossen Kammer (APK-N) auf. Für den FDP-Bundesrat ist der Rahmenvertrag offenbar nicht mehr zu retten. Der Vorsteher des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) plant, seinen Kollegen im obersten Leitungsgremium des Landes eine Ablehnung zu empfehlen. Das Geschäft ist laut verlässlichen Quellen am 31. März, am nächsten Mittwoch, im Bundesrat für eine Aussprache traktandiert. Kommt es dann zur schicklichen Beerdigung?

Anreiz Last-Minute-Bluff

Ignazio Cassis steht unter gewaltigem Druck. Er versucht im Moment auszuloten, womit man rechnen muss, wenn er in einigen Tagen im Bundesratszimmer für ein Ende der Übung plädiert. Der Magistrat will am Schluss auf keinen Fall als Verlierer vom Platz. Verständlich, denn der Aussenminister betonte immer, dass ein Scheitern des Deals eine Möglichkeit sei. Und der EDA-Chef erklärte bei jeder Gelegenheit, dass er den Rahmenvertrag nicht um jeden Preis unterschreiben werde.

Wer den Tessiner in der siebenköpfigen Exekutive unterstützen wird, ist unsicher. Die beiden SVP-Vertreter sind als Gegner des Deals gesetzt. Doch schon Cassis' Parteikollegin Karin Keller-Sutter gilt laut Beobachtern als Wackelkandidatin. Zwar signalisiert die Justizministerin in Gesprächen, dass sie dem Abkommen ablehnend gegenübersteht. Sie fungiert aber auch als enge Verbündete und Vertraute von Sozialdemokrat Alain Berset, dem nach wie vor Sympathien für das Abkommen nachgesagt werden.

Im Bundeshaus wird zudem spekuliert, ob es in den Verhandlungen noch zu einer Überraschung kommt. Das würde heissen, dass die Brüsseler Funktionäre bei einem umstrittenen Punkt nachgeben, damit die Schweizer Unterhändler das Entgegenkommen an der Heimfront als Durchbruch verkaufen können. Die fast nicht mehr auflösbare Verhandlung und Einbindung der Wirtschaftsmacht Schweiz in den Block brächte der EU grossen Nutzen. Und Geld. Der Anreiz für einen Last-Minute-Bluff aus Brüssel ist deshalb gegeben.

Für viele im Bundeshaus bedeutet dies ein Schreckensszenario. Konsultationen in letzter Sekunde gehen für die Schweizer Seite meistens ins Auge. 2001 verhandelte der damalige Verkehrsminister Moritz Leuenberger einen Staatsvertrag mit Deutschland. Die zugestandenen Südanflüge auf den Zürcher Flughafen wurden als Übergangslösung verkauft – benutzt wird diese Route bis heute.

Beim geplanten EWR-Beitritt war ein Veto-recht der Schweiz vorgesehen. So hätte die Eidgenossenschaft verhindert, dass sie automatisch künftiges EU-Recht übernehmen muss. Bei einem Treffen zwischen dem Präsidenten der damaligen EG-Kommission – Jacques Delors – und Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal De-



„Du hast dich aus Versehen schon wieder vors Aquarium gesetzt...!“

lamuraz kippte der Franzose mit dem Einverständnis des Waadtländers diesen Anspruch im letzten Moment aus dem Vertrag. Im Ausland verhandelnde Bundesräte können ein Sicherheitsrisiko für die Schweiz sein. Gut möglich, dass auch in diesem Fall ein Bundesrat noch nach Brüssel reisen wird.

Zeremonie zum Abschluss

Während die Gegner auf ein baldiges Ende hoffen, bleiben die Befürworter nicht untätig. PR-Büros erledigen hinter den Kulissen ihre Arbeit. InstA-Anhänger versuchen mit Zeitungsbeiträgen, den Zuger Unternehmer und Rahmenvertrags-Schreck Fredy Gantner als windigen Finanzmogul zu diskreditieren. Sie porträtieren ihn als einen, der den Vertrag nur aus Eigennutz ablehne, während sie sich die EU als Hort der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausmalen.

Die Brüssel-beflissenen Kräfte in Bern werden immer nervöser. Die Grünliberale Partei verlangte – sekundiert von den Linken – diese Woche in der Kommissionssitzung der APK-N ruppig, dass der Bundesrat sozusagen entmachteter werden und das Parlament über den Vertrag entscheiden soll. Dabei besagt Artikel 54 der Bundesverfassung klar: «Die auswärtigen Angelegenheiten sind Sache des Bundes.»

Zum bundesrätlichen Maulkorb kam es dann aber doch nicht. Die Grünliberalen und ihre Unterstützer zogen ihre Kommissionsmotion und ihre Vorstösse zurück. In der anschliessenden Medienmitteilung war davon nichts zu lesen. Dafür heisst es, dass die APK-N «vor einer abschliessenden Beurteilung des Rahmenabkommens und der erreichten Klärungen konsultiert werden will».

Was auch immer das bedeuten mag. Eine Quasi-Kaltstellung des Bundesrates hätte für unnötiges und verständliches Kopfschütteln in Brüssel gesorgt. Die Unterhändler des Blocks mühten sich jahrelang mit Vertretern der Landesregierung ab. Auf einen Schlag wäre diese Institution ausgeschaltet und nicht mehr entscheidungsfähig. Was für eine Pointe in dieser endlosen Saga, die in Bälde mit einer Beerdigungszeremonie zum Abschluss kommen könnte.